

mit Vermittlungsvorschlägen nicht an Adenauer, sondern an die in Brüssel weilenden Minister Erhard und Schröder gewandt hatte.

In Bonn gab es bereits damals CDU-Politiker, die beklagten, die amerikanische Regierung sei bestrebt, den ohnehin zwischen dem Kanzler und seinem Kabinetts bestehenden Zwiespalt in Sachen Europapolitik zu vertiefen und sich so in die deutsche Innenpolitik einzumischen.

Der trotz der Carstens-Mission nicht ausgeräumte amerikanische Verdacht bezüglich einer geheimen Adenauer-de-Gaulle-Absprache über die Finanzierung der französischen Force de frappe bildete auch den Hintergrund der Besprechungen, die Mitte letzter Woche der amerikanischen stellvertretende Verteidigungsminister Gilpatric mit Bundeskanzler Adenauer, Außenminister Schröder und Verteidigungsminister von Hassel führte.

Gilpatric erinnerte an den deutsch-amerikanischen Waffenlieferungsvertrag, in dem die Bundesrepublik sich verpflichtet hat, 1963 in den USA für 2,8 Milliarden Mark Waffen zu kaufen.

Es scheint den Amerikanern wichtig zu sein, daß die Bundesrepublik ihre für Rüstungskäufe vorgesehenen Gelder so plaziert, daß sie jedenfalls nicht für die Finanzierung der französischen Force de frappe nützlich sein können.

Zumindest in den zuständigen Bonner Ministerien — wenn vielleicht auch nicht im Bundeskanzleramt — scheint man dieses amerikanische Bestreben honorieren zu wollen: Den Franzosen wurde kurz vor Gilpatrics Eintreffen durch Bonner Stellen erklärt, daß man nicht daran denke, das deutsche Rüstungskäufe-Programm zugunsten der Franzosen zu ändern.

Gilpatric — nachdrücklich durch seine Bonner Gesprächspartner über diese Absage an die Franzosen unterrichtet — zeigte sich befriedigt. Sein Bonner Aufenthalt habe ihn „sehr ermutigt“, ließ er verbreiten.

In Paris hingegen war man nach dem Bonner Gilpatric-Besuch verduzt: Der plötzliche Eifer deutscher Minister, die Bonner Rüstungs-Milliarden in Amerika festzulegen, erregte Aufsehen, und in Bonn tauchte die Frage auf, ob dieser Minister-Eifer wohl wirklich mit Kenntnis und Billigung des Kanzlers investiert worden sei.

STAATSEKRETÄRE

Mit Qualen

Die Bonner Staatssekretär-Lotterie ruft ihre nächsten Ziehungen auf, und es steht zu befürchten, daß für die Freien Demokraten wieder kein großer Gewinn dabei sein wird.

Bei der Kabinettsumbildung seinerzeit hatten sich Christ- und Freidemokraten darüber geeinigt, wie sie den Kleinkrieg um die Spitzenstellungen der rheinischen Ministerialbürokratie begraben können, den sie im ersten Jahr ihrer Koalition gegeneinander geführt hatten.

Die Formel für diesen Friedensschluß stammt vom Kanzler: „Die Herren Staatssekretäre müssen vor allen Dingen das Vertrauen ihres Ministers besitzen.“

Und FDP-Koalitionshändler Zoglmann gesteht heute: „Wir haben eingesehen, daß es nicht anders geht.“

Wie es ursprünglich anders gehen sollte, beschreibt die Klausel des Koalitionspapiers vom Herbst 1961, die eine „angemessene Berücksichtigung beider Partner (CDU/CSU und FDP) bei der Besetzung von Positionen im öffentlichen Leben“ vorsah, „bei denen die Bewerber unter Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte ausgewählt werden“.

Aus dieser Formulierung lasen die Freidemokraten damals eine verbindliche Koalitionsabsprache heraus: daß neben den Ministerämtern nun auch sämtliche „politischen Beamtenstellen“ — vor allem die Bonner Staatssekretärsstellen — nach festem Parteienproporz zwischen Christ- und Freidemokraten aufgeteilt werden müßten.

Die zementierte christdemokratische Alleinherrschaft in dieser Führungsetage wollten Mendes Liberale nicht nur mit einem bestimmten Zahlenkontingent (FDP-Bundesgeschäftsführer Genscher: „Es bestand immer Klarheit, daß wir fünf Staatssekretäre bekommen“), sondern zugleich mit dem Anspruch auf Mitsprache in CDU-geführten Ressorts aufbrechen.

So verlangte die FDP anfangs in ihrem Staatssekretärs-Stellenplan außer der Besetzung ihrer eigenen Domänen —

▷ im Schatzministerium des FDP-Ministers Lenz und

▷ im Entwicklungshilfe-Ministerium des FDP-Ministers Scheel —

weitere FDP-Parteigänger auf den Staatssekretärsstellen

▷ im Innenressort des CSU-Ministers Höcherl,

▷ im Ernährungsressort des CDU-Ministers Schwarz und

▷ im Gesundheits- oder im Wohnungsbau-Ressort der CDU-Minister Schwarzhaupt und Lücke.

Als Kompensation für solche Einbrüche wollten sich damals die neuen FDP-Minister Starke (Finanzen), Stammberger (Justiz) und Mischnick (Vertriebene) damit abfinden, daß die christdemokratischen Staatssekretäre Hettlage (Finan-



FDP-Staatssekretär Grund
... ersetzt das Parteibuch

zen), Strauß (Justiz) und Nahn (Vertriebene) in ihren angestammten Ämtern verblieben.

Das liberale Wunschbild zweifarbiger Ressortgemeinschaft verblaßte jedoch rapide, als offenbar wurde, daß die Christdemokraten ein gegenseitiges Überwachungssystem dieser Art stets nur da dulden wollten, wo es zu ihren Gunsten ausschlug. CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner schon im Dezember 1961: „Nach Möglichkeit sollen Minister und Staatssekretär die gleiche Parteifarbe haben, aber man kann das Einfarben-Prinzip natürlich nicht zu Tode reiten.“

Nur an einem einzigen Punkt gelang der FDP im vergangenen Jahr der Einzug als Kontrolleur in CDU-Ministerbereiche: mit der Berufung des Freidemokraten Rudolf Hüttebräuker zum Staatssekretär im Bonner Ernährungsministerium. Höcherl, Lücke und Frau Schwarzhaupt hingegen verhängten eine totale Sesselblockade gegen FDP-Staatssekretärskandidaten.

Selbst dort, wo die CDU ihrem Juniorpartner freie Hand gelassen hatte, brachten die Freidemokraten nur einen von zwei möglichen parteieigenen Staatssekretären vorläufig zu Stuhle.

Zwar hatte sich FDP-Schatzminister Lenz den Parteifreund Hans Hellmuth Qualen als zweiten Mann in sein Haus geholt, jedoch engagierte der FDP-Entwicklungsminister Scheel für seinen Staatssekretärsstellen aus freien Stücken den Adenauer-Vertrauten Friedrich Karl Vialon.

So war Konrad Adenauers Spielregel für die Auswahl von Staatssekretären schon Anfang vergangenen Jahres von einem FDP-Minister praktiziert worden: Die Berufung eines Mannes eigener Wahl ohne Rücksicht auf Parteicouleur.

CDU-Rasner damals: „Selbstverständlich rechnen wir Vialon den Freien Demokraten auf ihr Kontingent an.“

Erst als die damaligen Vorsteher der beiden FDP-Schlüsselressorts Finanzen (Starke) und Justiz (Stammberger) den Spieß umdrehten, begriff die CDU, daß



FDP-Staatssekretär Qualen
Das Vertrauen des Ministers...

ihr Staatssekretärs-Prinzip zum Bumerang wurde. Nach knapp einjähriger Dienstleistung unter liberalen Chefs sahen sich die alteingesessenen CDU-Staatssekretäre Hettlage (Finanzen) und Strauß (Justiz) im Herbst vorigen Jahres veranlaßt, ihre Ämter zu quittieren und um Versetzung in luxemburger Europa-Behörden nachzusehen.

In so veränderter Konstellation fiel es Mendes Unterhändlern leicht, bei der Kabinettsumbildung im Dezember endgültig Adenauers Rezept gutzuheißten, jeder Staatssekretär müsse „vor allen Dingen“ das Vertrauen seines Ministers genießen. Die FDP verzichtete auf frühere Forderungen und akzeptierte die Ernennung der CDU-nahen Staatssekretäre Schäfer und Bargatzky für das Innen- und Gesundheitsressort. Im Tauschhandel dafür kassierten die Freidemokraten volles Verfügungsrecht über ihre eigenen Häuser von Finanz und Justiz.

Um den offenkundigen Mangel an FDP-Anwärtern auf vakante Bonner Staatssekretärsstellen zu kaschieren, hatten die Freidemokraten schon voriges Jahr die Partei-Meßlatte heruntergeschraubt: Bewerber mußten fachlich qualifiziert, aber nicht unbedingt in der FDP-Mitgliederkartei eingetragen sein; es genüge, wenn sie den Vorstellungen der FDP entsprechen.

Trotz solcher Selbstbescheidung ist es den Freien Demokraten bisher noch nicht gelungen, genug parteilose Liberale aufzuspüren. Zwar hat der neue, freidemokratische Finanzminister Dahlgrün den Präsidenten der hamburgischen Oberfinanzdirektion, Walter Grund, als Nachfolger von CDU-Hettlage zum Adlatz erkoren. FDP-Zoglmann: „Grund ist nicht in der Partei, aber ein liberaler Mann.“ Justizminister Bucher ist aber für sein Ministerium immer noch auf der Staatssekretär-Suche.

Selbst in den Ministerien für Wissenschaftliche Forschung und den Bundesschatz stehen gleiche Probleme noch an. Der neue Schatzminister Dollinger von der CSU hatte eingewilligt, den Staatssekretär Qualen, einen eingeschriebenen Freidemokraten, zu behalten, und der neue Wissenschaftsminister Lenz war dafür bereit, in seinem Hause den Staatssekretär Catellieri zu belassen, den sein CSU-Amtsvorgänger Balke berufen hatte.

Aber dieses Gentlemen's Agreement ist längst wieder durchlöchert. Der Staatssekretär Qualen geht in wenigen Wochen als schleswig-holsteinischer Finanzminister nach Kiel, weil die Freien Demokraten im nördlichsten Bundesland keinen anderen Kandidaten finden konnten.

ZEITGESCHICHTE

DÖNITZ

Drei Kameraden

Aus grauem Winterhimmel stieß Seeadler Dönitz auf die Kleinstadt Geesthacht bei Hamburg nieder. Sein Flügelschlag im Städtischen Gymnasium weckte die Erinnerung an das sündige Gestern der Deutschen. Und als der Pensionär in seinen Wohnsitz im Sachsenwald zurückgekehrt war, blieben die dunklen Schatten der Vergangenheit



Geschichts-Lehrer Kock
„In jedem Fall ...“

auf der Stadt und ihrer Schule liegen. Sie erdrückten den Oberstudiendirektor Dr. Georg Rühnen. Am vorletzten Freitag, um 19.30 Uhr, wurde er zum letztenmal gesehen, auf dem Weg zur Elbestaumstufe.

Die Tragödie, die Geesthacht stellvertretend für Deutschland erlebte, hatte in der kameradschaftlichen Atmo-



Geschichts-Lehrer Dönitz
... von höchster Vollendung“

sphäre eines jener Zirkel begonnen, in denen vorwiegend vergangene Helden gefeiert und vergangene Taten memoriert werden: Auf einem Heimkehrertreffen sprach Großadmiral Karl Dönitz.

Dem Geesthachter Studienrat und Oberleutnant a. D. Dr. Heinrich Kock, Mitglied des Verbandes Deutscher Soldaten, wurde an jenem Abend die Ehre zuteil, das gewesene Staatsoberhaupt des Dritten deutschen Reiches vom Heimkehrertreffen heimwärts zu kutschieren.

Welcher der beiden Auto-Insassen dann zuerst die Idee faßte, den historischen Erfahrungsschatz des Hitler-Nachfolgers dem zeitgeschichtlichen Unterricht des Geesthachter Gymnasiums nutzbar zu machen, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen.

Jedenfalls kredenzte Kock, ein vom rechten Flügel der Deutschen Partei zur CDU übergewechselter früherer Landtagsabgeordneter, jetzt Vorsitzender der Geesthachter CDU, der lokalen Schülermitverantwortung alsbald den Plan, Zeitgeschichte nach Archäologen-Art zu studieren: am geretteten Relikt, am Monument Karl Dönitz.

Daran gewöhnt, daß der Geschichtsunterricht im allgemeinen mit dem Jahre 1918 endet, fanden Sekundaner und Primaner den Vorstoß bis zur Jugend ihrer Eltern faszinierend.

Auch im Lehrerkollegium, das weniger Grund gehabt hätte, den Ausflug zu begrüßen, wurden keine Bedenken laut, als Historiker Kock einen Großadmiral anbot: Die Weisheit der Philologen und der Scharfsinn der Mathematiker waren auf die Situation nicht abgerichtet.

Geschichtslehrer Kock suchte Hitlers U-Boot-Helden im Sachsenwald-Städtchen Aumühle auf und überbrachte ihm die Einladung. Das Dönitz zufallende zeitnahe Thema: „Der 30. Januar 1933 und seine Folgen“.

Der 71-jährige Großadmiral, der noch am 11. April 1945 prophezeit hatte, „spätestens in einem, vielleicht noch in diesem Jahr wird Europa erkennen, daß Adolf Hitler in Europa der einzige Staatsmann von Format ist“, berichtete den Geesthachter Schülern, er habe damals das deutsche Volk lediglich deshalb zum Durchhalten aufgefordert, weil er vom Heldentod des Führers überzeugt gewesen sei. Auf die Frage, wie er zum Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess stehe, in dem er zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war, scherzte der alte See-Soldat: „Die netteste Frage seit zwanzig Jahren.“

Wahrscheinlich wäre der staatsbürgerliche Abend in Direktor Rühnens Geesthachter Schule ohne Echo geblieben, hätte nicht an diesem Tag auch noch ein dritter alter Kamerad, allerdings mit Mannschaffs-Dienstgrad, dem Unternehmen seine Hand geliehen: der Journalist Karl Mühlrl, der als Marine-Schreiber im Gegensatz zum Oberleutnant a. D. Kock den Großadmiral noch aus der Kriegszeit kannte: Da Mühlrl einst der 3. U-Boot-Flottille Schreiberdienste leistete, hatte er Dönitz des öfteren bei der Begrüßung einlaufender Boote an der Pier stehen sehen.

Mühlrl, dessen Sohn das Geesthachter Gymnasium besucht, war aus dem Urlaub herbeigeeilt, um den Schul-Einsatz des Kameraden Dönitz in der „Geesthachter Zeitung“ gebührend zu würdigen. Mühlrl: „Aufrecht wie in sei-